

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII/236

Bonn, den 4. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Familiengolitischer Offenborungsseid

87

Familienninister a.D. Würneling contra Eckhard

Von Merta Scharzenboch, MdB,

Mitglied des Präsidiums der SPD

und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt

2a

Nicht denken !?

46

Ein Wort zum Rendsburger Panzerketten-Prozess

3 - 3a

Gaullistisch-neofaschistische Fraktion in Straßburger Parlament ?

65

De Gaulles Schwager Vendroux drängt

3a

Die Bundesrepublik in der UNO

3

Es könnte noch mehr getan werden

4 - 6

Deutsche in Frankreich (II)

134

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Unter den Titel "Deutsche in Frankreich" veröffentlichen wir heute den zweiten Artikel unseres Pariser Korrespondenten Georg Scheuer. Diesmal wird dargestellt, welche Bedeutung deutschsprachige, in Frankreich herausgegebene Zeitungen in Vergangenheit und Gegenwart für das gute deutsch-französische Verhältnis haben. Der erste Artikel "Deutsche in Frankreich" ist am 25. November 1963 erschienen. - Die Redaktion

Chefredakteur Günter Markscheffel

Familienpolitischer Offenbarungseid

Familienminister a.D. Würmeling contra Erhard

Von Karta Schanzenbach, MdB,

Mitglied des Präsidiums der SED

und stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt

"Die Politik der Regierung wird danach zu beurteilen sein, ob sie von der Rede zur Tat gelangt." Dieser Satz, den Fritz Erler in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung des Kanzlers Erhard prägte, wird in der zweiten Hälfte der vierten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages aller Voraussicht nach noch des öfteren zitiert werden, wenn es gilt, die Versprechungen Erhards und der ihn tragenden Koalition kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Es werden - das ist schon heute deutlich - auch keineswegs nur die Sozialdemokraten sein, die sich mit Maßhalteparolen und Versprechungen oder gar mit Vertröstungen auf "Wahlspeck" im Jahre 1965 nicht mehr zufrieden geben. Zu denen, die nach wohl- und hochtönenden Worten (Erhard: "Vordringlich erscheint in der Fortführung unserer Sozialpolitik der Ausbau des Familienlastenausgleichs") mit allem Nachdruck endlich nach Taten rufen, gehören neben den Sozialdemokraten vor allem auch die Familienverbände.

* * *

Zu Verleubarungen aus der CDU/CSU-Fraktion, eine Erhöhung des Kindergeldes erst Mitte 1965 (1), aber rückwirkend zum 1. Januar 1965, wirksam werden zu lassen, hat soeben das Organ der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienverbände "Die Familie" klar und deutlich Stellung genommen. Offensichtlich haben die verantwortlichen Frauen und Männer dieser Verbände erkannt, daß man innerhalb von Regierung und Koalition nach Möglichkeiten sucht, durch eine Nachzahlung im Vorfeld der Bundestagswahlen eine sogenannte Familienpolitik mit zünftiger Wahlpolitik zu verbinden.

Der Ton, den die Deutschen Familienverbände jetzt in aller Öffentlichkeit anschlagen, zeigt, daß man nicht länger gewillt ist, sich mit Sprüchen und Versprechungen abspesen zu lassen, auch nicht damit, daß man die achtjährige 5-Mark-Politik des Kindergeldes nun umändert in eine 10-Mark-Politik, die man außerdem noch auf die Höhe des nächsten Wahltermins abzustellen bemüht ist.

* * *

Zu den schärfsten Kritikern der Familienpolitik der Übergangsregierung Erhard gehört interessanterweise der frühere Bundesfamilienminister Dr. W ü r m e l i n g, der es aber selbst nicht fertiggebracht hat, eine wirklich soziale Familienpolitik durchzusetzen, als die CDU/CSU im Bundestag noch über eine absolute Mehrheit verfügte. Immerhin verdient es Aufmerksamkeit, wenn der einstige Familienminister, als Kenner der Materie, auf einer Tagung des Katholischen Männerwerks der Erzdiözese Freiburg erklärte:

- * "Wenn die von Prof. Erhard in seiner Regierungserklärung aus-
- * drücklich proklamierte Vordringlichkeit des Ausbaues des Fa-
- * milienlastenausgleichs nicht in den nächsten Tagen überzou-
- * gend unter Beweis gestellt wird, inden - nicht die Reform
- * des Kindergeldsystems, wohl aber die Gleichzeitigkeit der
- * Erhöhung der Kriegsoffizierrenten und des Kindergeldes gesichert
- * werden -, verbietet es mir mein Gewissen, eine solche Koali-
- * tionspolitik noch zu unterstützen! Ich nehme es nicht mehr
- * hin, daß der Kampf um das Sozialpaket unter der Diktatur der
- * FDP praktisch auf dem Rücken unserer kinderreichen Familien
- * ausgetragen wird!"

Herr Würmeling wird in den nächsten Tagen seine Konsequenzen zie-
hen können. Mit dem Hinweis auf die angebliche Diktatur der FDP macht
er es sich aber doch zu leicht, weil eben seine eigene Partei bis zum
Herbst 1962 die absolute Mehrheit im Parlament hatte und auf anderen
Gebieten rücksichtslos davon Gebrauch zu machen wußte. Denn die Lage
der Familien hat sich nicht erst in den letzten zwei Jahren vor-
schlechtert; in Freiburg sagte Würmeling selbst, "der ohnehin be-
schämend niedrige Anteil unserer Mehrkinderfamilien am Sozialpaket"
sei seit 1959 stetig **a g e s u n k e n**. Von 1959 bis 1961 hieß
aber der Familienminister Dr. Würmeling!

* * *

Wenn die Bundesregierung, die schließlich auch gerade für die
jüngsten und die noch bevorstehenden Freisstaigerungen - man denke
nur an die hohen Fleischpreise, an die steigenden Mieten - die poli-
tische Verantwortung trägt, auf dem Gebiete des Familienlastenaus-
gleichs nicht zur Tat schreitet, wird sie über kurz oder lang der fa-
milienpolitischen Offenbarungseid leisten müssen. Ob man es darauf
ankommen läßt?

Familienpolitisch gibt es aber in diesen Tagen auch noch Er-
freuliches. Auch das hat das Organ der Arbeitsgemeinschaft der Deut-
schen Familienverbände herausgestellt:

- * "Daß ein Wirtschaftsminister für Familienerholung eintritt,
- * ist etwas Neues, aber wir meinen, etwas Positives. Denn der
- * Wirtschaftsminister rechnet mit Investitionen und Gewinnen,
- * und genau hier liegt der richtige Ansatzpunkt für jede kon-
- * sequente Familienpolitik, die keine Armeleute-Politik sein
- * sollte, sondern einen Ausgleich auf breiter Basis zum Ziele
- * haben sollte ... Wir freuen uns, daß diese Erkenntnisse immer
- * mehr Platz greift, und daß der Wirtschaftsminister von Hes-
- * sen daraus vorbildliche praktische Konsequenzen zieht."

Hier bleibt lediglich hinzuzufügen, daß der Wirtschaftsminister,
der ein Herz für die Familie entdeckt und daraus praktische Schlüs-
se gezogen hat, der Sozialdemokrat Albert **O s w a l d** ist, der
bis zu seiner Berufung ins hessische Kabinett als Oberbürgermeister
der Stadt Gießen die Sorgen der kinderreichen Familien kennege-
lernt hat.

+ + +

Nicht denken !?

Ein Wort zum Rendsburger Panzerkettler-Prozess

sp - Der Rendsburger Staatsanwalt Miether, dessen Freispruch-Antrag für den Panzer-Major Böhnke vom Schöffengericht wegen erwiesener Unschuld entzogen worden ist, hat im Verlaufe seines Plädoyers u.a. folgende Meinung geäußert: "Der Offizier hat keine Überlegungen anzustellen brauchen, die über diesen Befehl hinausgegangen sind".

Der Staatsanwalt hatte sich dabei auf einen von der Truppe weitgehend missverstandenen Befehl des Bundeswehr-Truppenamtes bezogen, wonach die Montage der gefährlichen 55-mm-Kettenpolster an den Panzerketten *W e r b o t e n* war. Aus der Anweisung war aber nicht ersichtlich geworden, daß die bereits aufmontierten Polster dieser Art wieder zu entfernen seien. Eines dieser Polster hatte beim Abspringen eine 13-jährige Schülerin getötet.

Das Urteil und die Umstände sollen hier nicht erörtert werden. Zur Debatte steht aber der Satz des Staatsanwalts, der, falls er, wie berichtet, gesprochen worden ist, die Offiziere der Bundeswehr und mit ihnen jeden anderen Bundeswehrangehörigen, der irgendeine verantwortliche Funktion ausübt, zu einem bloßen Befehlsempfänger im stursten Sinne des Wortes machen würde. Der Offizier braucht und soll also, wenn man der Ansicht des Staatsanwalts folgt, in nichts über den Wortlaut eines Befehls hinausdenken, auch dann nicht, wenn der Befehl, wie im vorliegenden Falle, offensichtlich so abgefaßt worden ist, daß er zu irrigen oder gar falschen Auslegungen in der Truppe führen könnte oder geführt hat.

Der Truppenamts-Befehl stammt vom 21. Januar 1961; erst jetzt, im Laufe des Rendsburger Prozesses, hat sich durch die Zeugenaussagen ergeben, daß ganz gewichtige Folgerungen aus dem Befehl unbeachtet geblieben sind, weil dessen Wortlaut keine klaren Anweisungen zu einem bestimmten und jedenfalls sehr notwendigen Tun enthielt, ohne das der Befehl nicht seinen ganzen Zweck erreicht hat.

Wenn aber kein Offizier gehalten ist, über einen ihm erteilten Befehl hinauszudenken, denn wird die Denkfaulheit in der Bundeswehr geradezu dekretiert. Die daraus entstehenden Folgen können, falls das Schicksal es wollte, katastrophal sein. Nun kann ein Staatsanwalt der Bundeswehr gewiß weder Befehle erteilen, noch auch ihre innere Ordnung bestimmen. Aber die Meinung des Staatsanwalts war in Rendsburg, wie immer das Urteil auch ausgefallen ist, sehr pointiert und könnte daher möglicherweise gewisse Konsequenzen haben. Die Bundeswehr-Führung und das Bundesverteidigungsministerium sollten in aller Dringlichkeit keinen Zweifel daran zulassen, daß die deutschen Streitkräfte keine sturen Kur-Befehlsempfänger brauchen und wollen, sondern *d e n k e r d e* und *m i t d e n k e r d e* Menschen, die ihrer Verantwortlichkeit in *j e d e r* Beziehung bewußt sind - auch gegenüber einem Befehl!

Gaullistisch-neofaschistische Fraktion im Straßburger Parlament ?

De Gaulles Schwager Vendroux drängt

sp - Unter der Bezeichnung "Demokratische Europäische Union" (Union démocratique européenne) haben die 15 gaullistischen Abgeordneten (UMR - UDT) des Straßburger Europa-Parlaments eine neue politische Gruppe gebildet. Die Neubildung wurde vom Parlamentspräsidenten bereits anerkannt. Sie soll anderen Abgeordneten zum Beitritt offenstehen. Vorsitzender ist der Gaullist Jacques Vendroux, der Schwager von Staatspräsident de Gaulle. Die gaullistische Gruppe hat jedoch nicht den Status einer Fraktion, sondern gilt lediglich als "parlamentarische Verwaltungseinheit", die in den Genuss gewisser finanzieller und sonstiger Vorteile kommt. Die Gaullisten waren auch bisher nichteingetragene Mitglieder des Europäischen Parlaments, nachdem sie vor einem Jahr aus der liberalen Fraktion ausgestiegen waren.

Mit der Bildung der gaullistischen Gruppe ist zunächst ein Streit beendet, der mit schweren Geschützen hinter den Kulissen und im Rechtsausschuß des Parlaments geführt wurde. Der Versuch der Gaullisten, neben den Christdemokraten, den Sozialisten und den Liberalen eine vierte Fraktion zu bilden, ist damit vorerst gescheitert. Dazu wäre nämlich eine Änderung von Artikel 36 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Parlaments notwendig gewesen; darin ist die Mindeststärke einer Fraktion auf 17 Mitglieder festgesetzt. Die drei genannten regulären Fraktionen können diese Voraussetzung ohne weiteres erfüllen.

Die Gaullisten dagegen führen seit einem Jahr ein parlamentarisches Eigenleben, während den anderen Fraktionen Abgeordnete aus allen EWG-Ländern angehören. Einen Vorschlag des FDP-Abgeordneten Kadomacher, sich der liberalen Fraktion als "administrative Sektion" anzuschließen, lehnten die Gaullisten ab.

Vielmehr brachte de Gaulles Schwager Vendroux im Parlament einen Antrag ein, wonach die Mindeststärke einer Fraktion auf 12 Mitglieder gesenkt werden sollte. Dieser Antrag fand bei den anderen Fraktionen wenig Gegenliebe, wäre doch dadurch der supra-nationale Charakter des Parlaments verloren gegangen. Der gaullistische Antrag hätte auch kaum eine Chance gehabt, im Plenum die zur Änderung der Geschäftsordnung erforderliche einfache Mehrheit zu finden. Auch hatte der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion, der SPD-Abgeordnete Birkelbach ein ergänzungsantrag vorgelegt, danach sollen einer Fraktion im Europäischen Parlament Abgeordnete aus mindestens zwei EWG-Ländern angehören. Nur durch dieses bisher ungeschriebene Gebot kann der supra-nationale Charakter des Parlaments gewahrt und die Bildung nationaler Gruppen verhindert werden.

Kurz bevor der gaullistische Antrag in der Novembertagung im Plenum behandelt werden sollte, wurde im Rechtsausschuß ein Kompromiß erzielt und der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt. Dem Kompromiß waren massive Drohungen von seiten der Gaullisten vorausgegangen. Die UMR - UDT-Parlamentarier hatten damit gedroht, in Zukunft nur noch ihre eigenen Parteigänger nach Straßburg zu entsenden, um dadurch die nötige Fraktionsstärke zu erreichen. Das hätte bedeutet, daß in Zukunft keine französischen Sozialisten, Radikalsocialisten, Volksrepublikaner oder Unabhängige mehr ins Europäische Parlament gekommen wären. 24 der 36 französischen Europa-Parlamentarier werden aus der Nationalversammlung

zwölf aus dem Senat delegiert. Der EWG-Vertrag bestimmt in Artikel 138, daß die einzelnen Mitgliedstaaten der EWG das Wahlverfahren zum Europäischen Parlament selbst festlegen können.

Obwohl die Gaullisten also bis jetzt keiner Fraktion angehörten, waren sie doch in den Ausschüssen und im Parlamentspräsidium vertreten. Vendroux ist einer der acht Vizepräsidenten des Parlaments. Die Gaullisten hoffen nun, daß bald Abgeordnete aus anderen Fraktionen zu ihnen stoßen werden. Hierbei denkt man vor allem an die beiden italienischen Neofaschisten (MSI) Ferrero und Angiò, die zur Zeit noch den Liberalen angehören. Damit zeichnet sich die Bildung einer gaullistisch-neofaschistischen Fraktion am Straßburger Horizont ab. Problematisch ist dabei, daß die Aktionsfähigkeit einer solchen Gruppe aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament äußerst gering bleiben dürfte.

+ + +

Die Bundesrepublik in der UNO

Es könnte noch mehr getan werden

sp - Die Bundesrepublik ist bekanntlich nicht Mitglied der UNO. Sie hat aber trotzdem dort einen Botschafter als Beobachter, den früheren Bonner Protokollchef Sigismund v. Braun. Dieser Tage hat Herr v. Braun im Generalsekretariat der UNO einen Scheck in Höhe von acht Millionen DM zusätzlich zu den bereits im Frühjahr angekauften UNO-Schuldverschreibungen im Werte von 40 Millionen DM überreicht. Außerdem ließ die Bundesrepublik einen Scheck auf 200 000 DM für nichtmilitärische Hilfeleistungen der UNO im Kongo übergeben. Die Bundesrepublik hat damit erneut ihr großes Interesse an dieser Weltorganisation gezeigt. Gelegentlich wird in Deutschland die Frage gestellt, warum der Steuerzahler diese Beträge aufbringen muß, trotzdem die Bundesrepublik weder Sitz noch Stimme in der UNO hat; es wird mitunter auch erörtert, was mit dem Geld tatsächlich geschieht, ob es zum Nutzen der Bundesrepublik ausgegeben wird oder anderen Zwecken zur Verfügung steht.

Die wichtigste Aufgabe des deutschen UNO-Beobachters besteht in der ständigen Kontaktpflege mit den Delegationen der Mitgliedstaaten. Es gilt, besonders an den Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf sein Selbstbestimmungsrecht zu erinnern und die permanente Verletzung der Menschenrechte in einem Teil Deutschlands wahrheitsgemäß darzustellen. Die Verletzung der Menschenrechte ist in der UNO nicht nur im Blick auf das deutsche Problem dauernder Verhandlungsgegenstand; auch an vielen anderen Stellen der Welt werden Menschenrechte verletzt. Würde in New York die unmittelbare Stimme des freien Teils Deutschlands fehlen, dann müßten wir damit rechnen, daß allzu oft das verzerrte Deutschlandbild Panhows ausschließlich von den Vertretern der Ostblockstaaten in der UNO dargestellt wird. Trotzdem wird es notwendig sein, die bisher geleistete Arbeit zu vertiefen, um besonders bei den neutralen UNO-Mitgliedstaaten in einem ständigen Gedankenaustausch die deutsche Situation klarzustellen.

+ + +

Deutsche in Frankreich (II)

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Nach offiziellen Angaben lebten 1962 ungefähr 63.000 Deutsche in Frankreich, darunter 23.000 in Paris. Die wirkliche Ziffer liegt zweifellos höher.

So sind beispielsweise die hier lebenden Volksdeutschen, wie überhaupt die deutschen Flüchtlinge aus dem osteuropäischen Raum nicht erfaßt. Man zählt in Paris ungefähr dreitausend deutsche Mädchen "au pair" die hier mehrere Monate, zuweilen ein bis zwei Jahre in französischen Familien leben und zugleich Kurse besuchen, um ihre französische Sprachkenntnisse zu vervollständigen. Viele von ihnen sind aber nicht bei der Fremdenpolizei angemeldet oder zumindest auf den Konsulaten nicht registriert, so daß auch hier die eigentliche Zahl höher liegt.

Außerhalb der Seine-Metropole befindet sich die größte Konzentration deutscher Gastarbeiter in Ostfrankreich. In Nancy zählte man 18.340 Deutsche. Es folgen Nordfrankreich (Lille mit 6.730), Lyon (6.130), Marseille (4.940) und Bordeaux (3.760).

Die deutsche Zeitung in Frankreich als Spiegelbild und Bindeglied

Interessanterweise erscheinen deutsche Tages- und Wochenzeitungen in Paris seit zweihundert Jahren. Die französische Revolution führte zu einem bedeutsamen Aufschwung deutscher Kultur und deutscher Sprache auf französischem Boden. Die deutschen Dichter Heine, Ludwig Börne und Georg Herwegh, aber auch Karl Marx redigierten deutsche Zeitungen in Paris. Es handelte sich dabei nicht nur um politische Blätter, sondern auch um den Versuch, den in Frankreich lebenden Deutschen ein Bindeglied zu geben.

So erschienen in den Jahren der großen Revolution der PARISER ZUSCHAUER, DIE SCHILDWACHE, DIE GEISEL und auch damals schon, zur Zeit Napoleons, ein COURRIER DE PARIS - PARISER LAUFNACHRICHTEN.

Eine weitere Blüte deutscher Zeitungen und Zeitschriften entstand in den Jahren zwischen den beiden französischen Revolutionen der Jahre 1830 und 1848: die zweisprachige BALANCE Böhmes 1836, die berühmten "Deutsch-französischen Jahrbücher" von Marx und Engels und die PARISER FOREN, die 1847 von Heine und Herwegh gegründet wurden.

Nach dem deutsch-französischen Krieg (1870/71) wuchs die Zahl der Deutschen in Frankreich in 14 Jahren von 36.000 auf 100.000. Zahlreiche Arbeiter, Industrielle, Kaufleute und Techniker kamen nach Frankreich. Nun entstand eine andere Art von Zeitungen, wie das RIVIERA-TAGBLATT, das, wie schon der Name sagt, im französischen Süden erschien und von einem früheren Sekretär Bismarcks herausgegeben wurde, sowie der EVANGELISCHE ANZEIGER für das Fürstentum Monaco.

Unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkrieges erschien seit 1907 zweimal wöchentlich die NEUE PARISER ZEITUNG. Nach Kriegsende tauchte erst 1926 wieder ein deutsches Blatt auf: die PARISER DEUTSCHE ZEITUNG, die einige Jahre später durch die NEUE PARISER ZEITUNG ersetzt wurde.

Mit Hitlers Machtergreifung entstand und wuchs die deutsche Emigration in Frankreich. Der frühere Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, gab von 1933 bis zum deutschen Einmarsch 1940 das PARISER TAGBLATT heraus. Eine ganz andere Art von deutschem Blatt war die von Hitlers Besatzungsmacht herausgegebene Zeitung.

Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg wurde vom französischen Arbeitsministerium für die freigelassenen Kriegsgefangenen der ARBEITER herausgegeben. Die YMCA veröffentlichte DIE NEUE BRÜCKE. Erst mit dem PARISER KURIER gibt es in Frankreich wieder eine von Deutschen redigierte deutsche Zeitung.

PARISER KURIER

Der PARISER KURIER (Chefredakteur Albert P r e u s s, redaktionelle Leitung Ilse Koch), erscheint seit April 1952 mit einer Auflage von 3.200, wird aber, da er zumeist von ganzen Familien, Gruppen und Schulklassen bestellt ist, in allen französischen Provinzen von mindestens hunderttausend Menschen gelesen. 5.000 Exemplare gehen allein an die Germanistikklassen der Mittel- und Oberschulen, Universitäten und technischen Schulen.

Das Blatt berichtet über die Ereignisse in der Bundesrepublik und in Frankreich in objektiver Weise; hier werden sowohl die offiziellen Regierungseinigungen, als auch die oppositionellen Stimmen der beiden Länder wiedergegeben.

Es ist gewiß kein Zufall, daß es auch in diesem Fall deutsche freie Gewerkschafter waren, die die Initiative zur Gründung dieser Zeitung ergriffen. Dennoch oder gerade deshalb berichtet der KURIER in vollkommen unparteilicher und überparteilicher Weise über die deutschen, französischen und europäischen Geschehnisse.

Die Redaktion befindet sich in der Avenue Raymond Poincaré. An der Gründung wirkten Korrespondenten aller großen deutschen Zeitungen mit, bis 1952 Albert Preuss die Chefredaktion übernahm. Die ganze Verwaltungsarbeit wird von Paul Fuchs geleistet.

Die Zeitung erscheint wöchentlich auf acht Seiten, mit dem Untertitel DEUTSCHE ZEITUNG IN FRANKREICH; auf Seite 1 jeweils ein Spitzartikel zum politischen Geschehen mit Fotos, auf Seite 2 politische Kommentare zu deutschen und französischen Ereignissen, auf Seite 3 ein "Kaleidoskop der Woche", auf Seite 4 Beiträge über kulturelle Ereignisse in der Bundesrepublik und Frankreich, auf Seite 5 literarische Beiträge, der Rest ist von bunten Seiten und Artikeln über Wirtschaft und Gewerkschaft ausgefüllt.

Informant und Bindeglied

Die Aufgaben dieser kleinen Zeitung sind weit gespannt: sie muß den deutschen Landarbeiter in Frankreich ebenso wie den Professor interessieren, ein Bindeglied der Landsmannschaft sein und als Unterrichtsmittel in den französischen Schulen dienen, nicht nur an Mittel- und Oberschulen, sondern auch an Hochschulen. Ich nahm Einblick in die zahlreichen Briefe französischer Deutschprofessoren und Wissenschaftler, für die der PARISER KURIER der beste Spiegel deutscher Geschehens und deutscher Sprache ist, eben weil er sich nicht nur mit deutschen, sondern insbesondere auch mit französischen Problemen befaßt. Einige typische Beispiele: Ein Pariser Professor schreibt:

- * "Jedes Jahr nimmt die Zahl unserer Schüler, die deutsch lernen,
- * zu. Bis jetzt sandten Sie uns zweimal je Woche 20 Nummern.
- * Wäre es Ihnen möglich, diese Zahl auf 50 je Woche zu erhöhen?"

Die Direktion des Lycée Hoch (Versailles):

- * "Seit mehreren Jahren erhält das Lycée Hoche kostenlos den PA-
- * RISER KURIER. Die Deutschlehrer benutzen ihn regelmäßig für
- * den Unterricht, aber angesichts der ständig wachsenden Schü-
- * llerzahl bitten Sie die Lehrer, ob Sie nicht eine größere An-
- * zahl von Exemplaren übersenden könnten. Die Zeitung stellt für
- * sie eine ausgezeichnete Hilfe im Unterricht dar."

Die technische Schule in Massy-Douai:

- * "Die Zeitung hilft uns sehr für den Deutschunterricht der
- * Ingenieurschüler".

KURIER vor neuen Aufgaben

Diese Beispiele von Briefen aus ganz Frankreich könnten beliebig vermehrt werden. Die Zeitung wird regelmäßig gelesen in 129 Collèges, 226 Lycées, 58 Collèges Techniques (Lyzeen, Gymnasien, Oberrealschulen), 30 Aufbau- und Mittelschulen, 22 Lehrerausbildungsanstalten und Lehrerhochschulen, 21 Wirtschafts- und Handelshochschulen, 14 Philosophischen Fakultäten, 10 Technischen Hochschulen, drei Militärakademien, einer Marineakademie, einer Polizeioffizierschule, zwei internationalen Schulen, 13 Schulen zur Ausbildung technischer Angestellter, sowie an zahlreichen Fachschulen. - Die Nachfrage steigt als natürliche Folge der französisch-deutschen Annäherung. Die Auflage des KURIER wird aber nicht gesteigert. Warum? Es ist eine Geldfrage und man staunt darüber, daß die entsprechenden Mittel für dieses wichtige Instrument der Annäherung zwischen den beiden Völkern nicht zur Verfügung gestellt werden.

Es handelt sich darum, die steigende Nachfrage zu befriedigen, so immer mehr Kreise heranzukommen, die Zeitung von acht auf zwölf Seiten zu erweitern und eine französische Beilage über deutsche Dinge herauszugeben. Was den Deutschunterricht in den französischen Schulen betrifft, darf man nicht vergessen, daß hier immer noch altartföliches Deutsch gelehrt wird und daß gerade mit der Lektüre der von Deutschen redigierten deutschen Zeitung in Frankreich die Möglichkeit gegeben ist, modernes Deutsch zu lesen und zu üben. - Notwendig wäre auch regelmäßige Berichterstattung über die Städtepartnerschaften. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wäre eine Erweiterung des Mitarbeiterstabes dringend notwendig.

Zu wenig Geld aus Bonn

Der PARISER KURIER kann sich natürlich nicht selbst tragen; auch die französischen Auslandszeitungen können dies nicht. Sie bekommen Zuschüsse von der Bundesregierung, aber durchaus nicht genügend. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Konsulaten in Frankreich läßt zu wünschen übrig. - Die Zeitung erscheint unter schwierigsten Bedingungen. Sie wird in einer der billigsten Druckereien vor Paris hergestellt, in einem uralten Betrieb der volkstümlichen Rue Cadet, von einem Schweizer Setzer und einem französischen Metteur.

Die Mittel sind gering, die Aufgaben gewaltig. Man möchte nicht annehmen, daß die Mittel zur Bewältigung der gesetzten Aufgaben knapp gehalten werden, weil es Gewerkschafter sind, die an der Wiege der französisch-deutschen Versöhnung standen und jetzt noch den hervorragenden Anteil an der deutschen Zeitung in Frankreich haben. Die Sache ist zu wichtig, der Einsatz zu groß. Der KURIER ist der bedeutendste, bis jetzt dauerhafteste und weithin sichtbarste Botschafter Deutschlands in Frankreich.

FORTSETZUNG FOLGT